

Berliner Börsen-Courier.

Abend-Ausgabe.

Redaction und Expedition: Zimmer-Strasse 40/41.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich für Berlin excl. Bringerlohn 5 Mk. 50 Pf., für ganz Deutschland und Oesterreich 7 Mk. 50 Pf. Insertions-Gebühr: die viergespaltene Petitzeile 40 Pf.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich 13 Mal.
Als besondere Beilage erscheint allwöchentlich die „Verloosungliste“.

No. 275.

Mittwoch, 3. Juni

1885.

Inhalt

Telegraphische Depeschen.
Königsberg.
Deutschland und Zanzibar.
Jagd auf Dynamitminen.
Frankreich und China.
Die internationale Doppelwährung.
Lemberg-Osornowitz-Jassy-Eisenbahn-Gesellschaft.
Die Emission der Staatsbahn-Prioritäten.

Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.
Weimar-Geraer Eisenbahn-Gesellschaft.
Ostpreussische Südbahn.
Ungarische Nordostbahn.
Serbische Eisenbahnbauten.
Beschluss der Sachverständigen-Commission der Fondsbörse.
Projectirte Waiselen-Convention.
Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenmarkt.

Vereinigte Actien-Gesellschaften Ilesder Hütte und Feiner Walzwerk.
Zeeho Prinz Regent.
Actien-Gesellschaft für Fabrication von Bronce-waren und Zinkguss (vorm. J. G. Spinn & Sohn).
Deutsche Asphalt-Actien-Gesellschaft der Limmer und Vorwohler Grubenfelder.
Seebad Heiligendamm, Actien-Gesellschaft.

Actien der Berliner Pferde-Eisenbahn-Actien-Gesellschaft (G. Leumann & Co.)
Neua Guinea-Compagnie.
Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Neue Actien-Gesellschaft in Russland.
Türkische Tabakregie-Gesellschaft.
Suezcanal.
Personal-Nachricht.

Telegraphische Depeschen.

Siehe auch am Schlusse des Blattes.

Sigmaringen, 3. Juni. (W. T. B.) Zu der Sonnabend, 10 Uhr Vormittags, stattfindenden Beisetzungsfestlichkeit des Fürsten wird der Kronprinz erwartet; ausserdem haben bis jetzt ihr Erscheinen angemeldet: der Prinz Georg von Sachsen als Vertreter des Königs, der Herzog und die Herzogin von Anhalt. Der König von Belgien wird sich durch einen General vertreten lassen.

Dresden, 3. Juni, früh. (W. T. B.) Der König und die Königin sind heute früh von Sybillenort nach Strahlen zurückgekehrt.

Strassburg i. E., 3. Juni. (W. T. B.) Der Statthalter, Generalfeldmarschall v. Manteuffel, ist heute früh nach Karlsbad abgereist.

Wien, 2. Juni, Abends. (W. T. B.) Reichsrathswahlen. In Kärnten wurde im Bezirk Voelkemarkt-Klagenfurt Minister Pino gewählt, in den drei anderen Landgemeinden von Kärnten wurden die liberalen Candidaten gewählt. Die Mährischen Landgemeinden wählten drei liberale und acht conservative Abgeordnete, Minister Prazak siegte in Boskowitz, Kuey in Brünn. Die Krainische Städte wählten Hohenwart und Poklukar wieder. In den Landgemeinden von Steiermark behaupteten die Parteien ihre bisherigen Bezirke, nur in Judenburg wurde statt des bisherigen conservativen Abgeordneten Baerenfeld der liberale Candidat gewählt. Die Galizischen Landgemeinden wählten meist die von dem Polnischen Landeswahlcomité empfohlenen Candidaten, 13 bisherige Abgeordnete sind wiedergewählt, darunter der Minister Ziemiakowski einstimmig; gegen die Wiederwahl des Ruthenen Kowalski sind mehrfach Proteste angemeldet.

Wien, 3. Juni. (W. T. B.) Zu Czernowitz ist der liberale Candidat gegen den bisherigen, dem Coronini-Club angehörenden Kochanowski gewählt worden. In Görz wurde Coronini wiedergewählt.

Bern, 2. Juni, Vormittags. (W. T. B.) Der Bundesrath hat sich für die Vornahme einer Revision der Bundesverfassung in Betreff des Referendums, der Volks-Initiative, des Erfindungsschutzes, der Pflege der Landwirtschaft und der Gewerbe, der Ausdehnung der industriellen Haftpflicht und der Unfallversicherung, sowie des Banknotenswesens ausgesprochen, alle übrigen Revisionsforderungen aber abgelehnt.

Paris, 3. Juni. (W. T. B.) Die Suezcommission wird morgen zusammentreten, um die Mittheilung über die Arbeiten der Subcommission entgegenzunehmen.

Paris, 3. Juni. (W. T. B.) Der Minister Goblet hat den Protest des Erzbischofs von Paris gegen die Entkirchlichung des Pantheons mit einem Schreiben beantwortet, worin es heisst, dass der Protest des Erzbischofs in der Form wie in der Sache über die Rechte des Erzbischofs entschieden hinausgehe. Die von dem Erzbischofe an den Tag gelegten Gefühle könnten nicht eine Sprache entschuldigen, die sich mit den amtlichen Functionen des Erzbischofs und mit den Pflichten, die er der Regierung gegenüber habe, nicht verträglich, auch berechtigten ihn dieselben nicht, die Handlungen und die allgemeine Politik der Regierung zu discutiren. Eine derartige Haltung des Erzbischofs sei nicht geeignet, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche friedlich zu gestalten.

Rom, 2. Juni, Abends. (W. T. B.) Mehrere hundert Mitglieder demokratischer Vereine wollten sich heute Abend im geordneten Zuge mit Fahnen nach dem Capitol begeben, um den Todestag Garibaldi's zu begehen. Auf dem Wege nach dem Capitol wurde indessen der Zug wegen aufrührerischer Rufe polizeilich aufgelöst und nur ein Theil der Demonstranten gelangte auf das Capitol und legte dort Kränze nieder. In der Deputirtenkammer wurden wegen der Auflösung des Zuges verschiedene Interpellationen eingebracht. — Die technische Commission der Sanitätsconferenz genehmigte einstimmig den Antrag Prout's, wonach die aus versuchten Ländern kommenden Packetboote eine Dampfbadestube zu Desinfectionen an Bord haben sollen.

Madrid, 2. Juni. (W. T. B.) Der Senat genehmigte in einer Abendsitzung die von der Depu-

tirtenkammer bereits angenommenen Abänderungen des Deutsch-Spanischen Handelsvertrages ohne Discussion.

Petersburg, 3. Juni. (W. T. B.) Die „Nowosti“ widersprechen der Meldung der „Börsen-Zeitung“, wonach die Dividende der Grossen Russischen Eisenbahngesellschaft pro 1884 bis auf Weiteres nicht ausbezahlt werden solle. Der „Neuen Zeit“ zufolge ist der Capitalrenten-Steuerentwurf vom Reichsrath geprüft worden und soll vorbehaltlich der Kaiserlichen Sanction am 1. Juli in Kraft treten. Dasselbe Blatt erfährt, der Reichsrath habe sich am letzten Montag mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, wonach die meisten Artikel des Einfuhrzolltarifs um 20 pCt., einige derselben ausnahmsweise um 10 pCt. erhöht werden sollen.

New-York, 2. Juni. (W. T. B.) Die Zahl der wegen Lohnreduction strikenden Arbeiter in und bei Pittsburg beträgt angeblich gegen 13,000.

Bombay, 2. Juni. (W. T. B.) Weitere Meldungen besagen, dass das Erdbeben in Kaschmir zwar ein heftiges gewesen, dass die stätigehabten Verluste jedoch zuerst übertrieben worden seien.

Königsberg i. Pr., 3. Juni. (Privat-Depesche des Berliner Börsen-Courier.) Die Einnahmen der Ostpreussischen Südbahn pro Mai haben ein Plus von etwas über 310,000 M. beim Vergleich von provisorisch gegen provisorisch ergeben.

London, 3. Juni. (Privat-Depesche des „Berliner Börsen-Courier“.) Anfangscourse: Central-Pacific 30.87, Chicago 68.50, Erie 10.00, Erie II. 48.25, Lakeshore 58.37, New-York-Central 84.62, Louisville 33.12.

Neueste Nachrichten.

— **Deutschland und Zanzibar.** Die „N. A. Z.“ widmet dem jüngst erwähnten Artikel des „Standard“ über die Beeinträchtigung Englischer Rechte und Interessen durch das Vorgehen Deutschlands in Zanzibar folgende Betrachtungen: „Der Artikel töte mancherlei Anlass zur Polemik. Wir wollen uns aber darauf beschränken, dem „Standard“ zu sagen, dass Deutschland sich mit Plänen gegen die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar nicht trägt. Das Reich hat vor einem halben Jahr einen Vertreter nach Zanzibar gesandt, um die Beziehungen mit dem Sultan durch den Abschluss eines Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages zu befestigen und zu erweitern. Hierzu kam später die aus den Beschlüssen der Berliner Conferenz sich ergebende Aufgabe für den Deutschen Vertreter, gemeinsam mit den Vertretern der anderen Conferenzmächte auf Erleichterungen des Transithandels mit dem Ostafrikanischen Festlande durch die unter der Herrschaft des Sultans von Zanzibar stehenden Küstenstriche hinzuwirken. Den Sultan von Zanzibar durch Gewaltmassregeln zum Abschluss eines Handelsvertrages zwingen zu wollen, liegt unserer Regierung jedenfalls fern. Der Sultan hat vielmehr seinerseits rechtlich unbegründete Ansprüche auf die Gebiete erhoben, welche von der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ durch Verträge mit den eingeborenen unabhängigen Fürsten erworben sind, und ist sogar dazu übergegangen, Truppen in diese, unter den Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellten Gebiete rechtswidrig einrücken zu lassen. Neuerdings hat er sich auch angeschickt, in gleicher Weise gegen den Sultan von Witu vorzugehen, der ebenso unabhängig ist, wie der von Zanzibar, und der sich vertragsmässig unter den Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellt und Angehörigen des Reichs Land abgetreten hat. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieses Vertrages hat der Sultan von Zanzibar eine Expedition von 600 Mann mit einigen Geschützen nach der Lamu-Bai, vor Witu, gesandt. Das in dem Delta der Flüsse Tana und Osi belegene Witu-Reich ist, nach wechselvollen Kämpfen mit den Arabischen Häuptlingen von Oman und Zanzibar, durch den Sultan Simba den „Löwen“, dessen Familie eine der ältesten und mächtigsten an der Suaheli-Küste ist, begründet worden. Mit dem Witu-Reich aber steht Deutschland schon seit 1867 in freundschaftlichen Beziehungen, welche durch den Reisenden

Richard Brenner angeknüpft worden sind. Schon anfangs 1867 berichtete Brenner nach Berlin, dass der Sultan mit der Königlich Preussischen Regierung einen Schutz- und Freundschaftsvertrag abzuschliessen wünsche. Der Sultan verpflichtete sich dabei im Voraus, den Preussischen Unterthanen, welche sich in seinem Lande ansiedeln wollen, belibiges Terrain zu überlassen und volle Handelsfreiheit, insbesondere auch die Befreiung von jedem Durchgangszoll nach den angrenzenden Pokomo- und Gallaländern, zu gewähren. Die damals begründeten Beziehungen sind seitdem aufrecht erhalten und enger geknüpft worden. Durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag ist der Sultan von Witu rechtlich und thatsächlich der Freund und Verbündete des Deutschen Reichs geworden. Der Sultan von Zanzibar aber hat die Mittheilung von dem Abschluss dieses Vertrages durch militärische Massregeln gegen den Sultan von Witu beantwortet. Es ist zu hoffen, dass der auch in dem „Standard“ constatirte Englische Einfluss in Zanzibar dazu beitragen wird, den Sultan rechtzeitig zum Einlenken aus der Bahn der Herausforderung zu vermögen, die er dem Deutschen Reich und seinen Angehörigen gegenüber betreten hat.

— **Jagd auf Dynamitminen.** Die Londoner Polizeibehörden sind in den Besitz derartiger Informationen gelangt, die sie glauben lassen, dass zwei Mitglieder der Dynamit-Partei aus Amerika in England angekommen sind und nur auf eine günstige Gelegenheit zur Ausführung ihrer Pläne warten. Auf Grund dieser Information wurden an die Polizeistationen in verschiedenen Hafenplätzen Befehle gesandt, einen Irisch-Amerikaner zu verhaften, der etwa Mitte Mai in England ankam und im Devon Hotel, Paddington, bis zum 26. Mai logirte, dann aber unter verdächtigen Umständen in Gesellschaft eines anderen Irisch-Amerikanischen Dynamiters, der unter polizeilicher Beobachtung stand, verschwand.

— **Frankreich und China.** Der „Pol. Corr.“ schreibt man aus Paris: In Tientsin wird gegenwärtig über einen heiklen Punkt verhandelt. Die Franzosen haben in dem neuen Verträge den Artikel weg gelassen, welcher bestimmt, dass in Anam nichts, was dem Prestige Chinas nachtheilig sein könnte, verlangt werden wird. Die Chinesen würden die Beibehaltung dieses etwas zweideutigen Artikels wünschen. Das Beste wäre, klar festzustellen, dass China keinerlei Suzeränität mehr über Anam zu beanspruchen hat.

Berlin, 3. Juni.

— **Die internationale Doppelwährung.** Ein Thüringischer Bauernverein hatte eine der bekannten Dankadressen an den Reichskanzler wegen der Landwirtschaft zugewendeten Vergünstigung gerichtet und in dieser Adresse zugleich das Verlangen nach einer internationalen Doppelwährung ausgesprochen. Hierauf ist folgende Erwiderung eingetroffen: „Berlin, den 30. Mai 1885. Das Telegramm vom 27. d. M. habe ich mit verbindlichem Danke erhalten und bitte den Ausdruck desselben allen denjenigen, welche mich durch diese sympathische Kundgebung erfreut haben, übermitteln zu wollen. Die Frage der Einführung der Doppelwährung unterliegt zur Zeit der Prüfung seitens der zuständigen Behörden. v. Bismarck.“ Es ist freilich schon seit längerer Zeit bekannt, dass die Wünsche einiger agrarischer Parteiführer auf Rückkehr zur Doppelwährung nicht ohne Eindruck auf den Reichskanzler geblieben sind. Dass aber die Dinge bereits so weit gediehen sind, dass die Frage der Einführung der Doppelwährung zur Zeit der Prüfung seitens der zuständigen Behörden unterliegt, ist allerdings ein Novum, das nicht verfehlen dürfte, in weiten Kreisen grosses und schmerzliches Aufsehen zu erregen. Man ist zu sehr gewöhnt, den Fürsten Bismarck das Durchsetzen zu sehen, was er einmal in die Hand genommen hat und selbst diejenigen für seine Pläne zu gewinnen, welche aus innerster Ueberzeugung bis dahin die Richtung bekämpft haben, die in diesen Plänen zu Tage tritt, als dass man nicht auch bezüglich der Doppelwährungs-Bestrebungen ähnliche Befürchtungen hegen müsste. Allein diese Besorgnisse muss bei einer eingehenderen